

STUTTGARTER ZEITUNG

Heute mit Ihrem Fernsehprogramm



Nr. 191 | 33. Woche | 66. Jahrgang | E 4029

Freitag, 20. August 2010

A = € 2,20 B/F = € 2,60 I = € 2,30 sfr 4,20 | 1,70 €



US-Kampftruppen verlassen den Irak

Die große Abzugsshow

Nach sieben Jahren endet die militärische Mission – zwei Wochen früher als geplant. Doch die Lage bleibt unsicher. **Tagesthema SEITE 2**

Ein Land zum Fürchten



US-Abzug Der Irak soll für seine Sicherheit selbst sorgen – eine fast unlösbare Aufgabe. Von Martin Gehlen

Barack Obama hat Wort gehalten. Sieben Jahre nach George W. Bushs Feldzug gegen Saddam Hussein sind jetzt alle US-Kampftruppen aus dem Irak abgerückt. Augen zu und durch, bevor es noch schlimmer kommt, scheint inzwischen die Devise im Weißen Haus zu sein. Und das Oberkommando vor Ort klammert sich an die vage Hoffnung, dass die irakischen Sicherheitskräfte endlich aufwachen, wenn sie ihre US-Mentoren nicht mehr hinter sich wissen. Denn vom 1. September an liegt die Verantwortung für das Land erstmals wieder ganz in den Händen Bagdads. Der irakischen Armee ist dabei ziemlich mulmig zumute. Mindestens bis 2020 müssten die Amerikaner noch im Irak bleiben, dann erst sei man in der Lage, die Sicherheit zu garantieren, hieß es jüngst.

Zwar verfügen Polizei und Militär mit rund 750 000 Mann über eine beachtliche Truppenstärke, doch die USA wissen genau, dass Schlagkraft und Einsatzwillen trotz jahrelanger Aufbaubarbeit sehr zu wünschen übriglassen. Offiziere sind korrupt, Mannschaften werden schlecht behandelt und haben keine Lust, ihre Haut zu riskieren. Die einheimische Führung kann in vielen Einheiten offenbar weder Disziplin noch einfachste militärische Standards durchsetzen. Die Gepflogenheit irakischer Truppen, bei gemeinsamen nächtlichen Patrouillen erst gar nicht anzutreten, gehörte bis zuletzt zu den Kantinenaneddoten der US-Einheiten. Kaum besser ist die Lage bei der Polizei. Jeder fünfte Ordnungshüter kann nach Schätzung von Nato-Ausbildern nicht lesen und schreiben. Viele sind bestechlich und unzuverlässig. Und bis sich diese Mentalität wandelt, kann es noch ziemlich lange dauern.

So wundert es nicht, dass die Terrororganisation Al-Qaida in letzter Zeit vor allem Polizisten und Soldaten ins Visier nimmt. Wer sich als Rekrut bewirbt, muss schon am Vorstellungstag in der Kaserne um sein Leben fürchten, heißt die Botschaft des jüngsten Selbstmordanschlags vom Dienstag. Polizisten an Straßensperren oder auf Verkehrsinseln werden aus fahrenden Autos heraus abgeknallt. Mehrmals zogen die Attentäter anschließend sogar mitten in Bagdad ihre schwarzen Al-Qaida-Flaggen auf. Zwar meldete die US-Armee zuletzt einige spektakuläre Erfolge gegen deren Führung, doch die Schlagkraft der Terroristen hat sich nicht verringert. Ihre Ränge füllen sich wieder, und niemand ist sicher vor den Mordkommandos, die Menschen nachts mit schallgedämpften Pistolen in ihren Häusern überfallen oder magnetische Bomben an Gartentüren und Autos heften.

Wahllos trifft es Familien von Politikern, Polizisten, gemäßigten Klerikern, Offizieren und Ärzten sowie Mitglieder religiöser Minderheiten. Auch andere Verbrechen, die in keiner irakischen Gewaltstatistik auftauchen, greifen weiter um sich. Viele der vier Millionen Flüchtlinge haben das Kidnapping eines Verwandten durchgemacht oder sind durch Drohungen aus ihren Häusern vertrieben worden. Nicht nur die Anhänger von Al-Qaida, auch kriminelle Banden machen den Irakern das Leben zur Hölle, während es mit der politischen und ökonomischen Situation weiter bergab geht. Strom gibt es nur für wenige Stunden, ausländische Investoren bleiben weg, der Wiederaufbau des Landes stagniert.

Und fünf Monate nach den Wahlen am 7. März ist immer noch keine neue Regierung in Sicht. Das Parlament hat sich nach einer einzigen zwanzigminütigen Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt. Die beiden Hauptkandidaten, Expremier Ijad Allawi und der bisherige Regierungschef Nuri al-Maliki, sind hoffnungslos zerstritten. Zuletzt versuchte US-Vizepräsident Joe Biden in Bagdad, die Kontrahenten zur Vernunft zu bringen und zu einer Regierung der nationalen Einheit zu überreden. Doch drei Tage vor dem Abmarsch des letzten US-Infanteristen gaben beide Seiten bekannt, ihre Gespräche seien endgültig gescheitert.

Entdecken
Deponie auf hoher See: in den Meeren sammelt sich feiner Plastikmüll. **SEITE 18**

Kultur
Günter Grass' Liebeserklärung an die Sprache – und sich selbst. **SEITE 29**

Sport
Europa League: der VfB Stuttgart siegt bei Slovan Bratislava mit 1:0. **SEITE 36**

Müntefering warnt vor Kurswechsel

Im Streit über die Rente mit 67 muss die SPD-Spitze Kritik für ihren jüngsten Kompromissvorschlag einstecken. Der frühere Parteichef Franz Müntefering, der als Arbeitsminister in der Großen Koalition das Projekt mit durchgesetzt hatte, warnte eindringlich vor einem Kurswechsel. „Jetzt die Dynamik der konzertierten Aktion (zur Erhöhung des Rentenalters) zu unterbrechen wäre ein defensives Signal“, heißt es in einem von der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichten Schreiben Münteferings.

Der SPD-Rentenexperte Anton Schaaf warnte davor, das Inkrafttreten an Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer zu knüpfen. Der SPD-Sozialexperte und Reformkritiker Rudolf Dreßler kritisierte, er halte den Kompromiss, „wenn es denn so käme, nicht für klug“. **dap/dpa**
- Kommentar: Druck im Kessel **SEITE 3**
- Gabriel setzt sich durch **SEITE 4**

Lebenslänglich für Mord

Im Prozess um den Feuerbacher Vatermord hat das Gericht die Urteile gesprochen: Die Mutter und der 23-jährige Freund bekamen eine lebenslange Haftstrafe, die damals 17-jährige Tochter muss für sechs Jahre in Jugendhaft. **SEITE 19**

Fotoverbot rechtswidrig

Pressefotografen dürfen grundsätzlich von Polizeiaktionen Bilder machen – sie müssen aber damit rechnen, dass die Fotos zum Schutz der beteiligten Beamten kurzfristig eingezogen werden. Das entschied gestern der Verwaltungsgerichtshof. **SEITE 5**

Roma abgeschoben

Frankreich hat mit der angekündigten Ausweisung von Roma begonnen. Fast 100 Erwachsene und Kinder verließen gestern das Land an Bord mehrerer Chartermaschinen. Weitere Flüge sollen in den nächsten Tagen folgen. **SEITE 6**

Mappus scheitert mit Vorstoß zu Atomkraft

Laufzeiten Die unionsregierten Länder können sich nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen. Von Roland Pichler und Bärbel Krauß

Die baden-württembergische Landesregierung ist mit dem Versuch gescheitert, in der Atomdiskussion die Unionsländer mit Kernkraftwerken auf eine Linie einzuschwören. Nach Informationen der StZ hat sowohl das Staatsministerium als auch das Umweltministerium Anstrengungen unternommen, sich mit einer Reihe von Landesregierungen auf ein gemeinsames Eckpunktpapier für eine Gesetzesänderung zu verständigen. Im Gespräch war Stuttgart mit Hessen, Bayern und Niedersachsen. Die Baden-Württemberger wollten mit einem gemeinsamen Auftreten die eigenen Positionen gegenüber der Bundesregierung stärken.

In dem Entwurf für einen gemeinsamen Brief an das Kanzleramt wird eine Laufzeitverlängerung von „mindestens 15 Jahren“ vorgeschlagen – ohne Zustimmung im Bundesrat. Damit wollte Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) unterstreichen, dass ihm die von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) geplante Verlängerung nicht ausreicht. Außerdem werden in dem Papier Vorschläge zu den notwendigen Sicherheitsstandards unterbreitet.

Die Landesregierung konnte die gemeinsame Initiative jedoch nicht durchsetzen. Nach StZ-Informationen liegt dies auch an einer mangelhaften Vorbereitung. Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner sollte den Vorschlag mit den übrigen Ressortchefs der Länder abstimmen. Dennoch waren wichtige Beteiligte in anderen Bundesländern nicht eingeweiht.

Dem Vernehmen nach zeigten sich einige Länder über Gönners Vorgehen verärgert.

Unterstützung erhielt Baden-Württemberg allein von der hessischen Landesregierung. Die Bayern, die in Atomfragen enge Verbündete sind, wollten sich nicht beteiligen. Auch die niedersächsische Landesregierung lehnte dankend ab. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) sieht eine drastische Erhöhung der Laufzeiten ohnehin kritisch.

Das Stuttgarter Umweltministerium leitete das Eckpunktpapier an die Bundesregierung weiter. Nach Angaben eines Sprechers geben die Vorschläge die Auffassung der Landesregierung wieder. Das Land stehe bei diesem Thema nach wie vor in engem Kontakt mit anderen Ländern.

Unterdessen regt sich in der Unionsfraktion im Bundestag Unmut am Vorgehen der Regierung. Der Energiekoordinator der Fraktion Thomas Bareiß fordert die Regierung auf, die Entscheidung über Höhe und Struktur der Brennelementsteuer definitiv auf Ende September zu verschieben. „Wir müssen Ende September über ein Komplettpaket entscheiden, das alle Schlüsselaspekte umfasst“, sagte Bareiß im StZ-Interview. Harsche Kritik übte er am Wackelkurs in der Steuerfrage. „Bisher ist noch nicht einmal klar definiert, ob die 2,3 Milliarden Euro brutto oder netto gemeint sind. Das ist kein professionelles Verfahren. Das ist ein Punkt, der mich ärgert und bei den Betroffenen Irritationen auslöst.“
- Interview mit Thomas Bareiß **SEITE 4**

Opel-Mutter GM will an die Börse

Der Autokonzern General Motors strebt gut ein Jahr nach überstandener Insolvenz wieder an die Börse. Über die wahrscheinlich zweitgrößte Emission der US-Geschichte soll der amerikanische Steuerzahler einen guten Teil seines Geldes zurückbekommen, mit dem er das Urgestein der Branche vor einem Jahr vor der Pleite bewahrt hatte. Gestern legte GM seinen vorläufigen Börsenprospekt vor. Zu den insgesamt zehn Banken, die dem Konzern bei der Rückkehr aufs Parkett helfen werden, gehört auch die Deutsche Bank. Federführend werden das Geschäft aber die Wall-Street-Institute JP Morgan und Morgan Stanley abwickeln. **dpa**

- Bericht und Kommentar **SEITE 9**

Luff



Der Torschrei im Wohngebiet

Kinderlärm soll möglichst kein Grund für Klagen sein. Das hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung zum Ziel gesetzt. Mittlerweile ist ein entsprechendes Gesetzesvorhaben weit gediehen, dass zum einen die Einrichtung von Kindergärten in Wohngebieten erleichtert. Bis jetzt ist hierfür eine Sondergenehmigung der Städte und Gemeinden notwendig. Zudem soll das Immissionsschutzrecht so geändert werden, dass Nachbarn von Kindergärten gegen „normalen“ Kinderlärm nicht mehr vorgehen können.

Der FDP-Abgeordnete Judith Skudelny aus Leinfelden-Echterdingen geht dies aber nicht weit genug. Sie hat eine Lücke ausgemacht, denn unregelmäßig bliebe weiterhin, wie viel Lärm sich Anwohner von Bolzplätzen, Basketballfeldern und Skateranlagen bieten lassen müssen. Skudelny bedauert, dass die Toleranz gegenüber Kinderlärm nachlasse, wenn diese nicht mehr „klein und niedlich“ seien. Sie wisse allein in Stuttgart von fünf Bolzplätzen, die umstritten seien. Einer sei wegen der Beschwerden von Anwohnern bereits geschlossen worden. Weil aber auch ältere Kinder Platz zum Spielen bräuchten, ist sie im Bundesum-

Krach Auf Bolzplätzen sollen Kinder lärmern dürfen. Von Thomas Maron

weltministerium vorstellig geworden, um auf die Lücke im Immissionsschutzrecht hinzuweisen. Ihr gehe es nicht darum, älteren Kindern zu erlauben, rund um die Uhr Krach zu machen. Sie will vielmehr festgelegt wissen, wie viel Lärm Anwohner zu welchen Uhrzeiten aushalten müssen. „Wir müssen festlegen, was geht, und was nicht geht“, sonst bleibe die Rechtsprechung Auslegungssache der Gerichte, sagt Skudelny. Die Rechtsprechung, fürchtet Skudelny, könnte sich wegen einer älter und lärmempfindlicher werdenden Gesellschaft zulasten der Kinder ändern, wenn ein klares Regelwerk fehle.

Besonders ärgert es die Familienpolitikerin, dass immer häufiger Anwohner gegen Bolzplätze vorgehen, die erst nach Eröffnung der Spielstätten in deren Nachbarschaft gezogen seien. „Ich verstehe das nicht, wo doch alle Welt beklagt, die Jugendlichen säßen den ganzen Tag vor dem Fernseher.“ Skudelny ist guter Dinge, dass ihre Initiative Erfolg hat. Das Umweltministerium habe signalisiert, dass man beim Städtetag anfragen werde, ob man auch in anderen Städten Probleme sehe: „Mein Anliegen ist auf fruchtbaren Boden gefallen.“

Wetter SEITE 8



Börse SEITEN 12, 17

- Dax 6 075,13 Punkte (-1,80 %)
- Dow Jones 10 271,21 Punkte (-1,39 %)
- Euro 1,2836 Dollar (Vortag: 1,2880)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2

